

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

Mus den Lannen

Sprechzettel  
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.60 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenspreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldspennige, die Reklamezeile 45 Goldspennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 290

Altensteig, Donnerstag den 10. Dezember

1925

Hierzu eine Beilage.

## Das Urteil im Dolchstoßprozeß

München, 9. Dez. Im Dolchstoßprozeß wurde heute vormittag 10 Uhr von dem Vorsitzenden, Amtsgerichtsdirektor Freant, das Urteil verkündet. Der Beklagte Gruber wurde wegen fortgesetzter Vergehen teils der Beleidigung, teils der bösen Nachrede zu einer Geldstrafe von 3000 Mark erstl. zu 30 Tagen Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

### Urteilsbegründung im Dolchstoß-Prozess

München, 9. Nov. In der Begründung des Urteils im Dolchstoßprozeß, die 16 Seiten umfaßt, wird u. a. festgestellt, daß die im einzelnen angeführten Wendungen der Artikel der „Münchener Post“ und ihr beschimpfender und verhöhrender Wortlaut ohne weiteres ergibt, daß die Kundgebungen der Rücksicht des Privatklägers gelten. Der Angeklagte war sich, wie die Begründung weiter ausführt, unbestritten bewußt, daß die Äußerungen den Eindruck der Rücksicht hervorgerufen seien. Die Behauptung der bewußten Gefährdung gegenüber dem Privatkläger ist geeignet, diesen verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Der Angeklagte war sich auch unbestritten dieser Eigenschaft bewußt. Die behauptete Tatsache ist nicht als wahr erwiesen worden. Das Ergebnis der Beweisaufnahme mag nach der einen oder anderen Richtung auch für Zwecke der Geschichtsforschung dienlich sein; im Privatklageverfahren ist es nur in dem durch den Zweck dieses Verfahrens begrenzten Umfang auszuwerten. Aus dem Privatklageverfahren ist demzufolge unter Abtun der Bestimmungen des Paragraphen 261 der Reichsstrafprozessordnung aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme nur festzustellen:

1. Bewußt und absichtlich an die Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht gerichtete Handlungen hinter der Front sind in den späteren Kriegszeitern erfolgt. Als solche Handlungen kommen insbesondere die Verbreitung von Flugchriften und Flugblättern mit einem dem Kampfwillen zu lähmen bestimmten mit einem aufrührerischen und Mißstimmung erregenden Inhalt, revolutionäre Propaganda in Wort und Schrift mittels Flugzettel und von Hand zu Hand, Neutereien im Felde und in der Marine, auch einzelne Streiks, insbesondere Streiks der Rüstungsindustrie in Frage.

2. Solche Handlungen sind, abgesehen von der Verbreitung von Flugchriften durch die Feinde, sei es in der Form von Auforderungen, sei es in der Form unmittelbarer Beteiligung der U. S. F. und von Angehörigen noch weiter links stehenden Gruppen vorgenommen worden.

3. Der Kampfwille des Frontbeeres ist, wenn überhaupt, nur in vereinzelten Fällen durch solche Handlungen beeinträchtigt worden. Der Geist der Truppen in der Stille, der Geist des aus der Heimat kommenden, für die Front bestimmten Soldaten, ist durch solche Handlungen erheblich geschädigt worden. Der Soldat verlor es, im letzten Jahre des Krieges vielfach nicht mehr bis zur Front vorzukommen. Der Kampfwille des mit dem Feinde kämpfenden in der Berührung stehenden Teiles der Marine, insbesondere der Geist der Besatzung der U-Boote ist vorzüglich gelitten. Der Geist der Mannschaften der in den Heimathäfen liegenden Schiffe ist unterwühlt worden. Als Ende Oktober 1918 nach Umordnung der Seebrigaden die Hochseeflotte zu einem Vorstoß, der nach Ueberzeugung der höheren Marineoffiziere ausichtsreich gewesen wäre, die Lage des Frontbeeres hätte entlastet und damit wohl auch Vorbereitungen für den Abschluß des Waffenstillstandes und des späteren Friedens hätte schaffen können. Ist unter der Mannschaft offene Meuterei ausgebrochen. Der Flottenposten ist unterbrochen. Die Kampfkraft des Beeres hat durch diese Handlungen sehr große Einbußen erlitten.

4. Es hat vielleicht ein verbesserter Teil der Industriearbeiterschaft und auch ein verbesserter Teil der anderen Volksgenossen den Sieg aus innenpolitischen Gründen nicht mehr gewollt. Die Masse der Industriearbeiterschaft, die Masse der anderen Volksgenossen haben ihn gewollt.

In der Begründung wird weiter festgestellt, daß der Inhalt der Dolchstoßhefte teilweise über die Feststellungen hinausgeht. Es finden sich in ihnen verschiedentlich Behauptungen, die nicht gerechtfertigt sind. Der Privatkläger hat in der Hauptverhandlung ausdrücklich erklärt, er habe Beweise gegen Angehörige der Mehrheitssozialdemokraten nicht erheben wollen. In den Heften hätte das deutlicher zum Ausdruck kommen müssen. Die Darstellung in den Heften ist in keiner Weise irrig und unrichtig. Verirrungen und Unrichtigkeiten finden sich auch in anderen geschichtlichen Darstellungen. Auch die zur Zeit in großer Anzahl erscheinenden Erinnerungen und Denkwürdigkeiten einzelner an den Ereignissen besonders beteiligten Personen sind teilweise nicht ganz frei davon. Die geschichtlichen Ereignisse des Weltkrieges liegen noch viel zu fern zurück, als daß jetzt schon alle zu ihrer Erforschung und einigermaßen sicheren Feststellung nötigen Unterlagen zugänglich wären. Die Archive der Heere sind noch nicht alle geöffnet. Die Mängel der beiden

Hefte können aber noch lange nicht, wie das der Angeklagte will, als bewußt falsche Darstellungen bezeichnet werden. Die beiden Hefte sind nicht eine erschöpfende Darstellung der Ursachen des Zusammenbruchs; sie sollen es auch nicht sein, wie aus den Worten der Einleitung des Heftes 7 unschwer entnommen werden kann. Es ist deshalb unzulässig, aus dem Umstand, daß Tatsachen, die auch als Ursachen — und als besonders ausschlaggebende Ursachen des Zusammenbruchs zweifellos bemerkt werden müssen, in den Heften nicht oder nur nebenher erwähnt sind, den Schluß ziehen, der Privatkläger habe bewußt die Geschichte gefälscht.

### Voraussetzliche Berufung der beklagten Partei

München, 9. Dez. Die Begründung des Urteils im Dolchstoßprozeß verließ ohne Kundgebungen. Das Gericht hat dem Privatkläger im Urteil auch die Befugnis ausgesprochen, die Berufung des Angeklagten in der „Münchener Post“ und dem „Vorwärts“ in Berlin zu publizieren. Außerdem hat der Beklagte auch die dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen zu tragen. Voraussetzliche wird, wie wir hören, die beklagte Partei Berufung gegen das Urteil einlegen.

## Neues vom Tage

### Beisprechungen der Parteiführer

Berlin, 9. Dez. Auf Einladung der Abg. Koch-Weser (Dem.) und Fehrenbach (Ztr.) traten am Mittwoch die Vertreter der für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien zu einer ersten Sitzung zusammen. Außer den Einladenden nahmen an der Sitzung noch teil die Abgeordneten Marx (Zentr.), Dr. Scholz (D. Volksp.), Müller-Franken (Soz.), Leicht (Wager. Sp.) und Dremwig (Wirtsch. Ver.). Wie wir hören, unterhielt man sich zunächst über die Ausführungen der Abg. Koch und Fehrenbach über die Fragen, die die Große Koalition ermöglichen oder ihr entgegenstehen. Die Fraktionen sollen sich selbst mit den Fragen beschäftigen. Bei den Fraktionen besteht der Wunsch, daß der Reichspräsident gleichwohl wie jetzt die Verhandlungen über die große Koalition ausgeben, zunächst eine Persönlichkeit mit der Bildung der Regierung beauftragt, die dann am besten in der Lage sein würde, als Mittler zwischen den Parteien zu wirken.

### Neue Unterdrückungsmaßnahmen in Tirol

Bozen, 9. Dez. Die katholischen Behörden dehnen jetzt ihren Kampf gegen das Deutschtum in rücksichtsloser Weise auch auf die deutsche Sprache in der Kirche aus. In Bozen, wo den Italienern schon seit langer Zeit eine eigene Kirche zur Verfügung steht, muß jetzt auch in der deutschen Kirche neben dem deutschen Gottesdienst ein italienischer abgehalten werden, der jedoch nur sehr schwach besucht wird. Um die Notwendigkeit dieser Einrichtung zu beweisen, haben die Behörden angeordnet, daß der Religionsunterricht an die deutschen Kinder in italienischer Sprache zu erteilen ist. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat zur Folge, daß dem Seelsorger die Erlaubnis zur Erteilung des Religionsunterrichts entzogen wird.

### Völkerverbund und Abrüstung

Genf, 9. Dez. In seiner geheimen Sitzung hat der Völkerverbundrat Venedig beauftragt, einen Bericht über die dem Rat vorliegenden vordringenden Auffassungen über das Arbeitsprogramm des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz auszuarbeiten. Er genehmigte ferner im Verfolg der Vorbereitung einer internationalen Konferenz über die Kontrolle der privaten Waffenherstellung den bereits gemeldeten Fragebogen und erledigte so ann eine Reihe interner Angelegenheiten finanzieller und administrativer Natur.

### Coolidge's Botschaft an den Kongreß

Washington, 9. Dez. Gestern ist dem Kongreß die alljährliche Botschaft des Präsidenten zugegangen. Coolidge erneuert darin eine Reihe von Vorschlägen, die der Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körperschaften schon früher empfohlen worden sind. Die Vorschläge geben in ihrer Gesamtheit die Umrisse eines umfassenden gesetzgeberischen Programms, das dringende innere und internationale Fragen behandelt. So macht die Botschaft des Präsidenten Vorschläge für Steuererleichterungen und befristete den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof. Sie verlangt ferner, daß dem amerikanischen Flugwesen nachdrückliche Förderung zuteil werde, und besteht auf peinlicher Inanspruchnahme der Anti-Alkohol-Gesetzgebung. — Zum Thema der auswärtigen Beziehungen erklärt der Präsident, der Erfolg der Konferenz von Locarno rechtfertige die von der amerikanischen Regierung befolgte Politik, die es den europäischen

Staaten überlassen habe, die besonderen europäischen Probleme zu lösen, ohne die Vereinigten Staaten mit hineinzuverwickeln. Er fügt hinzu, auch die Abrüstungsfrage sei ein ausgesprochen europäisches Problem, doch würden die Vereinigten Staaten jeden Schritt, den die europäischen Länder zur Verringerung ihrer Rüstungen unternehmen sollten, mit besonderer Dankbarkeit begrüßen. Aber wenn die amerikanische Regierung auch im allgemeinen für die Abrüstungsfrage eingenommen sei, lege sie doch keinen Wert darauf, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen, deren Tagungsart und deren Zusammenkunft so gewählt sei, daß mit der Wahrscheinlichkeit des Scheiterns von vornherein gerechnet werden müsse. — Der Präsident behandelte dann die Schuldenverhandlungen mit auswärtigen Staaten. Er vertritt die Meinung, daß die bereits abgeschlossenen Uebereinkommen keine ungerechtfertigte Belastung der Schuldner bedeuten und daß sie für beide Teile erfreuliche Auswirkungen zeitigen würden.

### Aufhebung der österreichischen Finanzkontrolle Ende Juni

Genf, 9. Dez. Die Verhandlungen zwischen dem Finanzkomitee und den österreichischen Delegierten sind beendet worden. Danach wird die Finanzkontrolle durch den Generalkommissar Zimmermann, die ab 1. Januar 1926 aufzutretende Erleichterungen erfahren wird, Ende Juni 1926 aufgehoben. Außer der österreichischen Frage wird der Rat heute nachmittags in öffentlicher Sitzung noch den Bericht über das finanzielle Sanierungswesen in Ungarn, ferner einige Rinderberufungsfragen behandeln.

### Bereits über eine Million als Sammlungsergebnis der Zeppelin-Eckener-Spende

Berlin, 9. Dez. Heute fand eine Sitzung des Vorstandes des Kuratoriums der Zeppelin-Eckener-Spende des deutschen Volkes unter Vorsitz Eckeners statt, in der festgestellt wurde, daß das bisherige Ergebnis der Sammlung durchaus befriedigt, da es für den verhältnismäßig kleinen Teil des deutschen Reiches, der das bisherige Ergebnis der Sammlung gemeldet hat, bereits weit über eine Million Mark beträgt. Es darf daher mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß das Ziel erreicht wird, wenn in den übrigen Landesteilen die Sammlung ähnlich ausfällt. Aufgrund der vorliegenden Revisionsberichte wurde einstimmig die Geschäftsführung und der organisatorische Ausbau anerkannt und der Leitung der Spende aufrichtigen Dank ausgesprochen.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Dez.

Am Mittwoch wurde vom Reichstag der Gesetzesentwurf über die Minderung der Lohnsteuer ohne Ausprache dem Steuerauschuß überwiesen.

Hierauf verlangt Abg. Kadel (Komm.) beschleunigte Erledigung der Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge und Unterstützung für Kurzarbeiter.

Präsident Köbe stellt fest, daß ein Ausschussbericht, über den das Plenum beraten könnte, noch gar nicht vorliegt. Der kommunistische Antrag sei also nach der Geschäftsordnung gar nicht durchführbar.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Die dritte Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird fortgesetzt.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Thomsen in der letzten Sitzung. Die Anträge der Rechten auf Staatsbills widersprechen dem sonst von dieser Seite propagierten System der freien Wirtschaft. Von den landwirtschaftlichen Arbeitgebern werde immer stärker der Import ausländischer Arbeiter gefordert.

Reichsernährungsminister Graf Ranig: Es steht fest, daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren ohne wesentliche Gewinne gearbeitet hat, daß sie große Kredite aufnehmen mußte, und daß sie sich in schwerer Notlage befindet. Die gegenwärtige Lage ist aber nur ein Teilaspekt der allgemeinen Abwärtsentwicklung der Wirtschaft, die sich nicht nur auf Deutschland beschränkt. Wir werden dieser Krise nicht dadurch Herr werden, daß wir bei einem Erwerbszweig allein anfangen. Dazu sind die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu eng miteinander verknüpft. Die Inanspruchnahme der Landwirtschaft ist heute wesentlich größer als in der Vorkriegszeit. Für die Rückzahlung der Kredite sind Erleichterungen erteilt worden, die aber noch nicht ausreichen. Es muß erstrebt werden, die landwirtschaftlichen Bewilligungen, die bis zum Frühjahr nicht in Kassenkredit überführt werden können, bis nach der Ernte zu prolongieren. Die Reichsbank ist bereit, Erleichterungen zu gewähren; denn sie hat kein Interesse daran, daß es in der Landwirtschaft schlecht geht. Der Antrag einer

Ernte reich nicht aus, um die letzten Verpflichtungen der Landwirtschaft abzutragen. Die Not der Landwirtschaft wird dadurch verschärft, daß der Getreidepreis unter dem Weltmarktpreis liegt, während die Produktionskosten eher den Durchschnitt des Auslandes übersteigen. Kein theoretisch zahlenmäßig hat die Landwirtschaft in der letzten Ernte die Aufgabe gelöst, den deutschen Getreidebedarf in Deutschland zu decken. Es wäre tragisch, wenn in diesem Augenblick die Landwirtschaft zur extensiven Wirtschaftsweise übergehen würde. Es muß sehr bedauert werden, wenn einzelne Kreis-Landbünde Beschlüsse veröffentlicht haben, wonach in diesem Wirtschaftsjahr kein Kunstdünger verwendet werden soll. Ein mäßige Getreideernteleistung braucht nicht zu einer Produktverwertung führen. Die jetzige Spannung zwischen Getreide- und Brotpreis ist zu groß. Mit Krediten allein kann der deutschen Wirtschaft nicht geholfen werden. Eine nachhaltige Besserung der landwirtschaftlichen Lage ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Die jetzige Wirtschaftskrise wird noch lange anhalten. Die Regierung wird alles tun, was an Hilfsmaßnahmen möglich ist; aber auf die Regierung allein darf sich die Wirtschaft nicht verlassen. Pessimismus in in dieser Frage geradeso ein vaterländisches Verbrechen. Ich bin überzeugt, daß die Landwirtschaft mit einem klaren Auge auch über die letzte Krise hinwegkommen werde. Die ganze Wirtschaft bildet heute eine Notgemeinschaft und Hilfe kann ihr nur im Ganzen gebracht werden. Am 4.15 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr verlagert.

**Haushaltsauschuss des Reichstags**

Berlin, 9. Dez. In der Sitzung des Haushaltsauschusses gab der Vertreter des Reichsfinanzministeriums einen Überblick über die Finanzlage des Reiches. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate ist das Steueraufkommen für 1925 neugeachtet. Hiernach werden Länder und Gemeinden rund 325, das Reich rund 100 Millionen Mark mehr gegenüber dem Haushalts-Soll erhalten. Dieses Mehr aufkommen bedeutet keine Ueberhörschwirtschaft. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums trat der Auffassung entgegen, als ob das Reich Mittel in der Kasse habe, über welche es zeitweilig oder dauernd frei verfügen könne. Er teilt mit, daß das Etatjahr 1926 mit rund 300 Millionen Mark Reparationszahlungen mehr belastet sei als 1925 und daher nur durch äußerste Beschränkung der Ausgaben ausgeglichen werden könne. Er fügte einen Ausblick auf die Jahre 1927 bis 1929 an, in denen die Reparationslasten weiter stark zunehmen. Zur Beurteilung der von den Parteien zur Beamtenbefoldungsfrage gestellten Anträge wird auf folgendes hingewiesen: Nach dem Reich, bei Reichspost, Reichsbahn, Ländern und Gemeinden angestellten Ermittlungen betragen die Gesamtkosten für den Antrag Müller-Franken und Genossen, Erhöhung des Zuschlages zu den Grundgehältern für die Besoldungsgruppen 1—8 von 12,5 auf 30 v. H. und für die Besoldungsgruppen 7—9 von 10 auf 20 v. H. einschließlich der durch das Reichsoversorgungsgegesetz festgelegten Ausweitungen auf die Renten der Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen insgesamt 673,3 Millionen Reichsmark jährlich. Die Kosten der von der deutsch-völkischen und kommunistischen Partei gestellten Anträge würden die genannten Beträge noch erheblich übersteigen. Fast sämtliche Länder haben auf Anträgen über die Durchführung der von den Reichstagsparteien gestellten Anträge erklärt, daß ihnen und den Gemeinden Mittel für Befoldungserhöhungen nicht zur Verfügung ständen, daß vielmehr, falls eine Gehaltserhöhung beschloßen würde, sie die dafür erforderlichen Mittel vom Reich überweisen erhalten müßten. Nach diesen Eröffnungen der Regierung entspann sich eine sehr lebhaft und ausgedehnte Aussprache im Ausschuss, die jedoch auf Donnerstag vertagt werden mußte.

**Aus Stadt und Land.**

Altensteig, den 10. Dezember 1925.

**Anmeldungen zum Untausch der Reichsanleihen (Kriegsanleihe) alten Besitzes können gegenwärtig bei den Sparkassen und Banken gemacht werden. (Vergleiche heutiges Inserat der hiesigen Stadt. Sparkasse.)**

Die **Gemeinschaft der Freunde in Wülkenrot** hat im Jahre 1925 über zwei Millionen Mark für Eigenheimbauzwecke an 150 Bauparier der Gemeinschaft der Freunde zur Verfügung gestellt. Die Baugelder gibt die Gemeinschaft der Freunde zu dem billigen Zins von nur 5 Prozent zuzüglich Tilgungszins. — Bei der kürzlich in Stuttgart erfolgten Auslosung von Baugeldern, über die wir schon ausführlich berichteten, haben außer dem hiesigen Bauparier von unserer weiteren Umgebung noch **Erwin Berger**, Amtgerichtsoberssekretär in Freudenstadt, sowie **Karl Deller**, Gipser in Herrenberg und **Wilhelm Hauser**, Stadtschultheiß in Herrenberg ihre Bausumme ausgelöst bekommen.

**Kraftfahrlehrkurs.** Wie wir in Erfahrung gebracht haben, beabsichtigt die Württ. Landesfahrtschule GmbH, Stuttgart Anfang 1. Monats einen Kraftfahrkurs in Horb und Freudenstadt abzuhalten. Der Kurs dauert circa 3 bis 4 Wochen. Die Wagen werden von der Württ. Landesfahrtschule gestellt. Die Abhaltung des Kurses erfolgt in den Räumen der Gewerbeschule, wozu auch Modelle und Zeichnungen verbracht worden sind. Die näheren Bedingungen sind bei der Württ. Landesfahrtschule GmbH, Stuttgart-Gaisburg, zu erfahren. Die gründliche Ausbildung von Fahrern, die durch das genannte Institut gewährleistet wird, ist so wichtig für das Kraftfahrwesen, daß dem Kursus, der diese Absicht verwirklichen soll, eine recht große Beteiligung zu wünschen wäre.

— **Die Kälte läßt nach.** Fast hätte es den Anschein, als ob wir noch recht lange unter der außergewöhnlichen Kälte zu leiden hätten, doch gestrenge Herren regieren bekanntlich nicht lange. So hat auch die Kälte nachgelassen und wir dürfen eine bedeutende Milderung verzeichnen. Das Thermometer zeigt noch wenige Grade Kälte. Sudelwetter ist eingetreten.

— **Baumeisterprüfung.** Das württ. Staatsministerium hat eine Verordnung über die Baumeisterprüfung erlassen, nach der erstmals im Jahre 1928 geprüft werden soll. Angehörige der Baugewerbe erwerben durch Bestehen der Prüfung die Fähigkeit zur Befeldung der Stelle eines Oberamtsbaumeisters, Oberfeuerwärters, Oberamtsstraßenmeisters, Bezirksbaumeisters, Straßenmeisters für die Bewachung von Staatsstraßen, Gebäudeschützers für die Gebäudebrandversicherung und anderer derartiger Stellen im Baubienst. Durch diese Prüfung wird auch das erforderliche Fachwissen für die Zulassung zur gehobenen mittleren technischen Laufbahn bei der Deutschen Reichsbahn und Reichspost nachgewiesen.

— **Zusammenstellung des Ergebnisses der Zeppelinspende Württemberg.** Die Zeppelinspende Württemberg soll am 15. d. Mts. vorläufig abgeschlossen werden. Die Geschäftsstelle der Zeppelinspende Württemberg, Haus des Deutschstums, Stuttgart, bittet zwecks Feststellung des bisherigen Ergebnisses alle öffentlichen Sammelstellen bei Banken, Amts- und Sparkassen, Schultheißen- und anderen Ämtern usw., ihr mitteilen zu wollen, welche Beträge bisher eingegangen sind, ob und wohin bereits Beträge abgeführt wurden, außerdem um Ueberweisung noch vorliegender Eingänge. Die Sammlungen selbst sollen auch über den vorläufigen Abschlußtermin hinaus unverändert fortgesetzt, die Sammelbögen also nicht zurückgeschickt werden.

**Börnnersberg, 8. Dez.** Bei der am 5. Dezember 1925 stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden gewählt auf sechs Jahre: Gemeindepfleger **Kalmbach**, seith. GR., mit 32 Stimmen, **Karl Kalmbach**, Landwirt seith. GR., mit 31 Stimmen, **Johannes Armbruster**, seith. GR., mit 34 Stimmen. Neu: **Johann Seeger**, Bäcker und **Christian Seeger** zum Anker, je mit 18 Stimmen, also Stimmengleichheit; das Los entschied für **Johann Seeger**, Bäcker, dieser ist somit gewählt. Die übrigen Stimmen zerplittert.

— (**Grömbach, 7. Dez.** (Gemeinderatswahl.) Bei der am Samstag stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden gewählt: **Friedrich Finkbeiner**, Gemeindepfleger (seith. Gemeinderat), **Johs. Klais** alt (seith. Gemeinderat), **Fritz Hamann** und **Philipp Dietelke**. Abgesehen von der Wahlmache einiger oder eines einzelnen Unzufriedenen ist die Wahl ruhig verlaufen.

**Göttelfingen.** (Gemeinderatswahl.) Bei einer Abstimmung von rund 60 Prozent wurden gewählt von Wahlvorschlag 2: **Modler Johann Georg**, Schmiedmeister in Allmandle, **Schittenhelm Christoph**, Gemeindepfleger und seith. Gemeinderat in Göttelfingen, **Sackmann Jakob**, Bauer und seith. Gemeinderat in Göttelfingen, **Finkbeiner Johann Georg**, Postagent und seith. Gemeinderat in Göttelfingen. Wahlvorschlag 1 erhielt keinen Sitz.

**Erzgrube, 7. Dez.** (Gemeinderatswahl.) In den Gemeinderat wurden gestern gewählt: **Adam Koch** zum Bären, seith. GR., **Bernhard Sackmann**, Plagmeister, seith. GR., **Friedrich Wurster**, Bauer, seith. GR., **Joh. Georg Bohnet**, Oberholzhauer

**Calw, 9. Dez.** (Amtsversammlung.) In der gestern stattgefundenen Amtsversammlung, die zum ersten Mal unter dem neuen Oberamtmann tagte, wurde eine Reihe von Wahlen vorgenommen, die nach den Vorschlägen des Bezirksrates ohne Erörterung angenommen wurden. Bei der Oberamtsparfasse wurde die durch Gesetz geforderte Stelle eines Gegenrechners geschaffen. Es standen von 30 Bewerbern zwei in engerer Wahl. Von der Verwaltung wurde ein Notariatsmann gewünscht, während von anderer Seite ein Verwaltungsmann bevorzugt wurde. Nach einem zweimaligen Wahlgang siegte der Verwaltungsmann. Gewählt wurde der Verwaltungskandidat **Weber** von Nabe. Beim Vermessungsbezirk 1 wurde eine zweite Beamtenstelle geschaffen. Gewählt wurde der seitherige Stellvertreter **Geometer Joos** von hier. Eine neue Regelung fand die Befoldungsfrage der Amtskörperschaft hinsichtlich der Krankenhausärzte. Diese wurden in die Gruppe 11 der Befoldungsgruppe eingereiht und ihre Bezüge auf 90 und 50 Prozent der Gruppe festgesetzt. Der Geschäftsführer der Arbeitsamtes wurde in Gruppe 6 eingereiht. Dem Bezirks-, Handels- und Gewerbeverein wurde ein jährlicher Beitrag von 200 Mark bewilligt. Die Verwaltungsaktuarkosten wurden in der Art geregelt, daß der Gesamtaufwand nach dem Umlagefuß der Amtskörperschaft auf sämtliche Gemeinden nach der Katastersumme umgelegt wird. Die Gesuche um Beiträge zu Straßenbaukosten erforderten eine lange Beratung. Die Bergorte erhielten einen Beitrag zu ihrer Strahe nach Wildbad von 10 000 Mark unter der Bedingung, daß dieser Betrag zurückerstattet werden müsse, sofern die Gemeinde freiwillig in den Neuenbürger Oberamtsverband eintreten würde. Die gebaute Strahe liegt im Oberamt Neuenbürg, jedoch wurde der besonderen Notlage der Gemeinden Rechnung getragen. **Stammheim** erhält einen Beitrag zur Korrektur der Strahe innerhalb Eiters in der Richtung nach Dedensfronn von 1000 Mark und Gchingen zur Strahenkorrektur nach Deufringen zur Einführung eines Autoverkehrs nach Deufringen-Gchingen

**„Die Brandstifterin“**

Roman von **Erich Edenstein**

(Nachdruck verboten.)

Sie stehen sich dann, da der Hausherr nicht daheim war, von Mirkl den Schlüssel zur Hütte geben und lehrten dort hin zurück. Im Wohnraum ließ sich nichts Auffälliges entdecken. Aber unten im verschlossenen Keller fanden sie, unter altem Gerumpel versteckt, zwei tabellose moderne zusammengelegte Kugelfistulen, mehrere erst kürzlich abgezogene Reh- und Hirschhäute, ein paar kleine Geweihe und drei Gensbürtle. Beweise genug, daß die Wilderer des Großreichers Hütte als ständiges Absteigelager benützten.

**18. Kapitel**

In zorniger Aufregung setzte dann der Großreicher den Heimweg fort. Nach dem, was er gehört, kam er nicht mehr daran zweifeln, daß ein oder mehrere seiner Knechte an der Geschichte beteiligt sind.

Kein Fremder konnte sich unbemerkt in den Besitz des Hütenschlüssels setzen, der für gewöhnlich an einem Wandbrett in der allgemeinen Wohnstube hängt.

Für die Knechte allerdings, die dort ihre Mahlzeiten einnehmen und jederzeit Zutritt haben, war es ein Leichtes.

Welcher war der Schuft, der Unehnte über den Großreichers Hof brachte? Der Bauer ging in Gedanken alle durch, fand aber keinen, dem er solches hätte zutrauen mögen. Bis auf Lippel und den Hofknecht **Paul**, die erst seit zwei Jahren da waren, dienten alle schon seit Jahren am Hof und bisher hatte der Bauer bei keinem das geringste Interesse für Jagd bemerken können.

Lippel kam außer Betracht. **Paul** war ein ruhiger stiller Mensch, der eine Liebhasi am benachbarten Stoffelbauerhof unterhielt und jede freie Stunde dort verbrachte.

„Aber einer muß es doch sein,“ dachte der Großreicher unruhig.

Man hätte ihn gleich bei der Heimkehr alle Knechte zusammengerufen und ihnen so klar und lange zugehört,

bis er den Schuldigen herausgefunden. Er traute es sich wohl zu, daß seinem forschenden Blick der richtige nicht entgangen wäre.

Aber er verwarf den Gedanken gleich wieder. Gestanden hätte der Kerl ja wahrscheinlich doch nicht, und wenn er leugnete, war nichts erreicht.

Moralische Ueberzeugungen nützen da nichts, man mußte Beweise haben.

Endlich fiel ihm etwas ein, das zum Ziel führen mußte. Er wollte garnichts sagen daheim, und auch, wenn von anderer Seite geredet wurde, so tun, als glaube er nicht daran und halte alles für leeres Gerede wie im Vorjahr.

Durch dieses Gleichgültigstellen würde der Schuldige sich sicher fühlen und wahrscheinlich in kurzer Zeit, bis die Wachsamkeit der Jäger und Gendarmen nachließ, seine heimlichen Pirschgänge von neuem aufnehmen.

Dann aber würde man ihn auch haben! Denn er, der Großreicher, wollte von nun an abends, wenn alle im Haus zur Ruhe gegangen, Tiger von der Kette losmachen und frei herumlaufen lassen.

Und Tiger war scharf geworden, seit er an der Kette liegen mußte, weil er Peter noch immer den Krieg erklärte und sich mit seiner Anwesenheit am Hof nicht ausöhnen wollte.

Tiger schlug bei dem geringsten Geräusche an und bellte selbst die Knechte, wenn sie nach eintretender Dunkelheit über den Hof gingen, wie wütend an.

Und das Tier war von seltener Klugheit. Wenn sein Herr, an dem es nach wie vor mit zührender Anhänglichkeit hing, ihm etwas nachsagte, dann verstand es wie ein Mensch. Daraus hatte sich der Großreicher wiederholt überzeugen können.

So war er jetzt auch überzeugt, daß, wenn er Tiger abends an das Hoftor führte und ihm sagte, er dürfe niemand hinauslassen, das Tier diesen Befehl vollständig verstehen und danach handeln würde.

Da er nur durch die Kette gereizt, im Grund aber ein sehr gutmütiges Tier war, würde er den Hausleuten keines-

falls etwas tun, sie aber auch nicht durch das Tor lassen. Das genügte. So wie der Hund des Nachts bellte, würde der Großreicher wissen, was am Werk war und brauchte sich nur zu überzeugen, wer den Hof verlassen wollte.

Das schien ihm einfach und sicher und um so leichter durchzuführen, als Peter — der einzige, der etwa durch den Hund gefährdet hätte werden können, gerade jetzt krank lag, seine Kammer also nicht verlassen konnte.

Unter diesen Gedanken erreichte der Großreicher seinen Hof. Die Knechte und Mägde begaben sich gerade zum Abendbrot ins Haus.

Mirkl allein, der als letzter ging, bemerkte den Bauer, blieb stehen und grüßte ihn.

„Na — hat es was Neues gegeben, derweit ich fort war?“ fragte dieser gewohnheitsmäßig.

„Mit daß ich wüßt,“ antwortete der Knecht zögernd, und es fiel dem Großreicher auf, daß er dabei seltsam schen, fast verlegenen Blick am Erdboden hinschweifen ließ, statt ihm wie sonst frei und offen ins Gesicht zu sehen. „Die Hälfte Grummet haben wir einbracht und am Birkländer Acker den Buchweizen angefaßt.“

„Dagewesen ist niemand?“

„Kein — das heißt in der Früh war der Gendarm **Krappf** da und hat den Schlüssel von der Hütte verlangt.“

„So? Zu was denn?“ fragte der Großreicher scheinbar gleichgültig, beobachtete aber aus dem Augenwinkel dem Knecht, der merkwürdig geblüht aussieht, scharf.

„Dös weiß ich nit.“

„Na — er wird doch was gesagt haben dazu!“

„Kann sein. Ich hab mit viel hingehört, weil ich gerade auf die Birkfländ hinaus hab wollen wege dem Anbauen. Von Wilderer hat er was geredet.“

„Ah — fangen sie schon wieder mit dem dummen Zeug an?“

„Schaut sich so an, wird aber wohl nichts dran sein —“

„Das meine ich auch. Was hältst denn du davon, Mirkl?“

(Fortsetzung folgt.)



von 4000 Mark. Ein Besuch der Gemeinde Holzbrunn wurde zunächst zurückgestellt. Oberamtmann Rippmann erstattete Johann einen Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen über eine Autoverbindung von Calw nach Herrenberg. Bei einem etwaigen Defizit hat die Amtsförperschaft Calw 57 Prozent und die Amtsförperschaft Herrenberg 43 Prozent derselben zu tragen. Die Amtsversammlung war mit allen sonstigen Bedingungen einverstanden, da durch die Linie ein Durchgangsvorteil Pforzheim-Calw-Herrenberg-Tübingen erhofft wird. Nach dem Vorschlag der Oberamtspflege ergeben sich für die Amtsförperschaft 326 545 Mark Einnahmen und 568 410 Mark Ausgaben. Den größten Aufwand erfordert die Bezirksfürsorge mit einer reinen Ausgabe von 56 000 Mark, die Jugendfürsorge mit 26 980 Mark und die Unterhaltung der Straßen und Wege mit rund 15 000 Mark. Die großen Ausgaben für die Bezirksfürsorge wurden sehr stark kritisiert, doch konnte an den Auslagen nichts getriggert werden. Gewünscht wurde, daß den Gemeinden bei jedem vorliegenden Besuch Gelegenheit zu einer Äußerung gegeben werde. Die Umlage wurde auf 240 000 Mark festgesetzt, einen Betrag, der den Vergleich mit den Nachbarbezirken aushält. Der Vorsitzende bemerkte noch, daß der Bezirksrat sich alle Mühe gegeben habe, die Positionen herunterzudrücken, aber die notwendigen Ausgaben hätten nicht reduziert werden können.

**Neubulach, 8. Dez.** (Neubeziehung der Stadtpfarrstelle.) Die etwa ein Jahr offen gewesene Stadtpfarrstelle wurde dieser Tage neu besetzt und zwar durch Herrn Pfarrer **M a i e r** in Besenfeld. Die Investitur fand am Sonntag in feierlicher Weise durch Herrn **D e f a n z e l e r** in Calw statt. Da für den Einzug des neuen Stadtpfarrers der 4. Dezember bestimmt war, so war es angesichts des heftigen Schneefalles und der großen Kälte fraglich ob der Umzug überhaupt stattfinden könne. Er wurde aber auf Schlitten bewerkstelligt, die schwer beladen am Mittwoch voriger Woche eintrafen. Die Familie wurde von einer Deputation des Gesamt-Kirchgemeinderats in Zwernberg abgeholt, bis wohin sie eine Besenfelder Deputation begleitet hatte. In Neubulach läuteten zum Einzug die Glocken. Auch fand eine Feier zu Ehren des scheidenden Stadtpfarrverweilers **K r a s t** statt. Möge es dem neuen Stadtpfarrer gelingen, einen recht geeigneten Wirkungskreis in Neubulach zu finden.

**Deckenpfronn, (Unglücksfall.)** Der Bauer **B. Seyboldt** war mit Reinen eines Stalles beschäftigt. Unversehens sprang ihm sein zweijähriges Enkelkinder zu und geriet hierbei seinem Großvater in die Gabel, welche dem Kind hart am Auge in den Kopf drang. Es mußte in die Klinik nach Tübingen verbracht werden. Seyboldt ist erst vor einigen Tagen in sein neuverbautes Haus eingezogen.

**Schöndorf, 7. Dez.** (Kriegerdenkmalweihung.) Am Sonntag fand unter zahlreicher Beteiligung von nah und fern die Einweihung des Kriegerdenkmals statt, das an der alten Kirchhofmauer vor der Kirche errichtet wurde. Das Kriegerdenkmal ist von Schöndorfer Steinen, bildet eine Quadersäule und steht auf einem Konjokel, über die alte Kirchhofmauer herausragend. Auf der Straßenseite ist im Relief ein Krieger mit gekrümmtem Schwert und die Widmung der Gemeinde eingehauen. Auf den Seiten des Denkmals stehen die Namen der 46 Gefallenen und vermischten Krieger; innerhalb der Kirchhofmauer ist ein quadratisches Steinumfassung mit einer Bank. Die Feier gestaltete sich erheben und wird wohl immer im Gedächtnis der Teilnehmer bleiben.

**Ulm a. d. D., 7. Dez.** (Gemeinderatswahl.) Bei der gestrigen Gemeinderatswahl haben fast 50 v. H. von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Auf die einzelnen Parteien entfielen: Sozialdemokraten 3790 Stimmen, gleich 5 Sitze (bisher 5), Zentrum 3093 Stimmen, gleich 4 Sitze (5), Kommunisten 534 Stimmen gleich 0 Sitze, Deutsch-Demokraten 2207 Stimmen gleich 3 Sitze (10), Friedenspartei 2570 Stimmen gleich 4 Sitze (0), Deutschnationale 3612 Stimmen gleich 5 Sitze (2), Deutsche Volkspartei 1258 Stimmen gleich 1 Sitz (0). Interessant ist hierbei — was bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen überhaupt vielfach zum Ausdruck kommt, die starke Abnahme der demokratischen und die Zunahme der deutschnationalen Stimmen.

**Stuttgart, 9. Dez.** (Besitzwechsel.) Das Geschäftsgebäude des in Liquidation befindlichen Bankhauses **K e l l e r** u. **S ö h n e** ist nach einer Blättermeldung um annähernd 400 000 Mark in den Besitz der Stuttgarter Straßenbahnen übergegangen. Das Gebäude soll als Verwaltungsgebäude benutzt werden.

**Zuffenhausen, 9. Dez.** (Explosionsunfall.) In der Gasfabrik erfolgte beim Aufstauen von Röhren in dem zum Gasfessel führenden Kanal eine Explosion. Hierbei wurde ein Defekt des Kanals herausgeschlagen, wodurch ein 23 Jahre alter Hilfsarbeiter einen schweren Schädelbruch erlitt, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

**Kirchheim u. L., 9. Dez.** (Zwei Brandfälle.) Am Sonntagabend brach in der Faberischen Fabrik ein Brand aus, der in dessen rasch gelöscht werden konnte. Ein in der Fabrik von **H o p l e r** beim Aufstauen einer Wasserleitung entstandene Brand drohte größere Ausdehnung anzunehmen, konnte aber eingedämmt werden.

**Reutlingen, 9. Dez.** (Einweihung.) Das neue Reichsbankgebäude ist in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten **D r. S c h a c h t** feierlich eingeweiht worden. Nach Begrüßungsworten von **B a n k d i r e k t o r L a b e** würdige Reichsbankpräsident **D r. S c h a c h t** die Bedeutung Reutlingens als Industrie-, Handels- und Gewerbezugs. Er gedachte dabei des Volkswirtschaftlers **R i s t** und warf dann einen Rückblick auf die Entwicklung der Reichsbank in Reutlingen, die nunmehr selbstständig geworden ist. Es sprach dann ferner noch **U r t m a n n A n d e r s**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r H e p p**, **K o m m e r z i a n t G i m m e r**, **M a k e r m e i s t e r S a f f m e r** und **B a n k d i r e k t o r W ö r t e**.

**Gerabronn, 9. Dez.** (Todessturz.) Bei dem Todessturz des erfolgreichsten Jungerpiloten **S t r a s s e r** in Dessau handelt es sich um unseren Landsmann **G e o r g S t r a s s e r**, ein Sohn des Postboten **S t r a s s e r** von Lauterbach. Ein tragisches Verhängnis hat dem erst 35jährigen Piloten ein rasches Ziel gesetzt.

**Mettenberg, 9. Dez.** (Geisteskrank.) Der 16 Jahre alte **K a r l B e s**, der die Scheuer des Landwirts **F r a n z S c h m i d** in Brand gesteckt hatte, ist zur Beobachtung in der Irrenanstalt **W e i s e n a u** untergebracht worden. Nach ärztlichem Gutachten ist **K a r l B e s** geisteskrank.

**Friedrichshafen, 9. Dez.** (Eis im Bodensee.) Infolge der anhaltenden grimmigen Kälte der letzten Tage beginnt der Bodensee zwischen **H e r z** und **L a n g e n a r g e n** zuzufrieren. Dem Ufer entlang hat sich bereits, nachdem auch die Ufer neben der Schuppenmündung zugefroren ist, eine tragfähige spiegelglatte Eisschicht gebildet. Auf ihr tummelt sich **J u n g** und **M i** beim Schlittschuhfahren. Auch der Untersee beginnt zu überfrieren. Der Umschlag der Bitterung wird nun allerdings dem Zufrieren bald ein Ende machen.

**Ulm, 9. Dez.** (Zustimmung der Handwerkskammer.) Die Handwerkskammer **U m** die Feier ihres 25jährigen Bestehens durch einen einfachen und würdigen Festakt im Saalbau begangen.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt.**

**Großfeuer in Schaffhausen.** In dem Hause an der Ecke **F i s c h h ä u s e r**- und **B a d e n s t r a ß e** brach am Dienstag ein Brand aus, der sich rasch ausbreitete. Vier Personen einer im obersten Stockwerk wohnenden Familie sprangen durch das Fenster auf den Hof hinunter und mußten im verletzten Zustande ins Krankenhaus gebracht werden. Ein 12 Jahre alter Knabe wird vermißt. Man vermutet, daß er in den Flammen umgekommen ist.

**Zur Kabinettsbildung in Holland.** Die Königin von Holland hat an den Führer der christlich-historischen Partei, **D r. J a c o b T h e o d o r F i s s e r**, nunmehr mit der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts beauftragt. **D r. F i s s e r** hat sich eine Bedenkzeit erbeten.

**Handel und Verkehr**

**Russische Berliner Deszendenten vom 8. und 9. Dezember**

	Geld	Brief	Geld	Brief
Vondon (1 Pfund Sterl.)	20,242	20,200	20,200	20,200
Newyork (1 Dollar)	4,195	4,205	4,195	4,205
Amsterd. (100 Gulden)	168,51	168,53	168,54	168,56
Brüssel (100 Francs)	19,02	19,05	19,01	19,06
Paris (100 Francs)	16,90	16,94	16,92	16,97
Wien (100 Schilling)	16,15	16,19	16,16	16,20
Berlin (100 Mark)	80,88	81,05	80,85	81,05
Schweden (100 Kronen)	59,88	59,92	59,73	59,87
Osaka (100 Yen)	112,24	112,25	112,24	112,25
Stockholm (100 Kronen)	59,12	59,20	59,12	59,20

**Wirtschaft**

**Geleiderenten beim Handel mit Kerosin.** In den nächsten Tagen wird im Reichsbankblatt eine Verordnung veröffentlicht werden, durch die die Bekanntmachung über Mineralölsteuererhöhungen, Erhöhung der Kerosinsteuer vom Jahre 1917 und 1924 aufgehoben werden. Damit fällt die Vorschrift, daß auf den Packungen der Verbrauchstrecken neben dem Gewicht auch der Name, Firma und Wohnort der Hersteller angegeben werden muß, fort. Die Vorschrift über die Gewichtsangabe bleibt unberührt.

**Zur Weisung zur Abwendung des Konkurses.** Der recht verlässliche Entwurf eines Gesetzes über den Verfall des Konkurses wird im Reichsbankblatt eine Verordnung veröffentlicht werden, durch die die Bekanntmachung über Mineralölsteuererhöhungen, Erhöhung der Kerosinsteuer vom Jahre 1917 und 1924 aufgehoben werden. Damit fällt die Vorschrift, daß auf den Packungen der Verbrauchstrecken neben dem Gewicht auch der Name, Firma und Wohnort der Hersteller angegeben werden muß, fort. Die Vorschrift über die Gewichtsangabe bleibt unberührt.

**Börsen**

**Berliner Börse vom 9. Dez.** Das mit großer Befriedigung aufgenommene Abkommen zwischen Amerika und Deutschland über die Entschärfung der Zolltarife gab der Spekulation eine weitere Anregung zur Betätigung in Schiffsahrtswerten und amerikanischen Bahnen. Die wichtigsten Schiffahrtswerte gewannen etwa 2 Prozent, Baltimore stiegen nach höherem Anlaufkurse auf den gestrigen Stand zurück. In deutschen Aktien blieb Geschäft und Kursbewegung belanglos. Ausländische Renten behaupteten ihren Kursstand. Briefkursen von Wertpapieren blieben unverändert, nur Berliner Depotkassenwertpapiere blieben schwächer. Die Weichheit blieb bei reichlichem Angebot unverändert. Tagesgeld 7,5-9 Prozent und teilweise dominiert.

**Frankfurter Börse vom 9. Dez.** Die Börse war heute etwas freundlicher veranlagt, wenn auch dem Geschäft eine gewisse Unruhe anhaften blieb.

**Stuttgarter Börse vom 9. Dez.** Die heutige Börse war Stimmungsmäßig etwas freundlicher, was aber fast ausschließlich nur vereinzelt zum Ausdruck kam. Auch in der letzten Haltung trat keine Veränderung ein.

**Münchener Börse vom 9. Dez.** 1 Rilo Gold 2796 A, 2800 A, Brief; 1 Rilo Silber 95,70 A, 96,20-97,70 A, Brief; 1 Gramm Platin 14,25 A, 14,55 A, Brief.

**Getreide**

**Berliner Produktenbörse vom 9. Dez.** Weizen märk. 203-208; pomm. 190-201; Roggen märk. 158-159; pomm. 158-168; Sommergerste 194 bis 218; Wintergerste 158-171; Hafer märk. 167-177; Weizenmehl 22,25-27,25; Roggenmehl 22,20-23,50; Weizenkleie 11,90-12; Roggenkleie 8,50-10,50; Weizenrohriesen 28-32,50; H. Speisekleie 22-24; Tendenz: ruhig.

**Wochenpreise.** K a l e n : Weizen 11,30-11,50, Roggen 9,50-9,80, Gerste 9-10,50, Hafer 8-8,50, Hafer 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Wärkte**

**Münchener Schlachtviehmarkt vom 8. Dez.** Auftrieb: 24 Ochsen, 21 Kühe, 27 Ferkel, 12 Ferkel, 1 Kalb, 30 Schafe und 221 Schweine. Marktwertung langsam. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1, 11-12; Kühe 1, 10-11; Ferkel 1, 10-11; Schafe 1, 10-11; Schweine 1, 10-11.

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 8. Dez.** Auftrieb: 3 Rinder, 20 Stück Großvieh, 1 Stück Kleinvieh. Preise: Ochsen 990, alte Kühe 220 bis 240, junge Kühe 300-350 A, das Stück, Kühe 05, Schweine 90 A per Zentner.

**Münchener Schlachtviehmarkt vom 8. Dez.** Auftrieb: 3 Ochsen, 9 Ferkel, 3 Kühe, 11 Rinder, 113 Ferkel und 179 Schweine. Preise: Ochsen 1, 44-45; Ferkel 1, 44-45; Kühe 1, 38-42; Kühe 2, 32-36; Ferkel 1, 44-45; Ferkel 2, 38-42; Kühe 1, 38-42; Ferkel 2, 38-42; Schweine 1, 44-45; Ferkel 2, 38-42; Marktwertung: langsam.

**Letzte Nachrichten.**

**Zur Frage der Regierungsbildung.**

**Berlin, 10. Dez.** Nachdem in der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Entscheidung über die Haltung der sozialdemokratischen Partei in der Frage der Bildung der großen Koalition nicht gefallen ist, halten es die Blätter nunmehr für gegeben, daß der Reichspräsident heute nach dem Empfang der erbetenen schriftlichen Mitteilungen der einzelnen Fraktionen eine Persönlichkeitsliste — und zwar mit aller Voraussicht nach **D r. L u t h e r** — mit der Regierungsbildung beauftragt. Der Beauftragte würde dann die Möglichkeit haben, durch Verhandlungen mit den Vertretern der Fraktionen die Lage zu klären.

Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, hat auch der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, **K o s c h**, bei der Unterrichtung des Reichspräsidenten über die gestrigen interfraktionellen Besprechungen die Notwendigkeit der Betrauung einer Persönlichkeit mit der Regierungsbildung betont, welche die interfraktionellen Verhandlungen fruchtbringend weiterführen könne.

Die Börsische Zeitung betont die Entschlossenheit des Zentrums und der Demokraten, sich an keiner Kombination zu beteiligen, und in keine Regierung einzutreten, die sich nicht auf eine Mehrheit im Reichstage stützen kann. Ein Minderheitskabinetts der Mitte hält das Blatt für ausgeschlossen.

**Eine Entscheidung der Finanzministeriums in der Auswertungsfrage.**

**Berlin, 9. Dez.** Die deutsch-völkische Reichstagsfraktion richtete am 24. November an die Reichsregierung eine kleine Anfrage, worin sie darauf hinwies, daß in den amtlichen Vordrucken a 1, b 1 und c 1 für die Anträge auf Austausch von Reichsanleihen alten Bestandes in Ablösungsanleihen die Erklärung enthalten ist, daß die Anträge „unter Vorbehalt auf Widerruf“ gestellt werden. Die deutsch-völkische Fraktion knüpfte hieran die Frage, welche Bedeutung diese Klausel habe, ob etwa der Antragsteller auf jedes Mehr verzichtet solle, das etwa durch eine künftige Veränderung des Anleiheablösungsgesetzes ihm zugebilligt werden sollte. Wenn dies der Zweck der Klausel sein sollte, so weist die deutsch-völkische Fraktion darauf hin, daß das Anleiheablösungsgesetz vom 18. Juli 1925 keine Vorschriften enthält, die den bei den bezeichneten Anträgen angeführten Vorbehalt vorschreiben oder einen Vorbehalt der Rechte ausschließen.

Das Reichsfinanzministerium erteilte nunmehr die Antwort, in der es erklärt, daß die Klausel lediglich zum Ausdruck bringen solle, daß der Antragsteller seinen einmal gestellten Antrag nicht wieder zurücknehmen werde. Eine solche Zurücknahme würde eine erhebliche Erschwerung der Abwicklung des Verfahrens mit sich bringen und zugleich eine im Interesse aller Anleihegläubiger liegende schnelle Entscheidung beeinträchtigen. Dem Reichsbankdirektorium wurde bereits mitgeteilt, daß ein Vorbehalt der Rechte, der etwa aus einer künftigen Gesetzgebung sich ergebende weiteren Rechte wahren soll, die Rechtsgültigkeit der Anträge nicht entgegensteht.

**Die Mandatsfragen vor dem Völkerbund.**

**Genf, 10. Dez.** Unter den von dem Völkerbund behandelten Mandatsfragen verdient besonderes Interesse seine Stellungnahme zu dem von der deutschen Regierung vor einiger Zeit geltend gemachten Einspruch gegen Gesetzesmaßnahmen Belgiens in dem belgischen Mandatsgebiet Ruanda und Urundi. Der von dem schwedischen Außenminister erstattete Bericht schließt mit der Bemerkung, daß die Gesetzesauslegung, die der belgische Vertreter gegeben habe, zur Zerstreung aller Befürchtungen ausreiche, die bezüglich einer verdeckten Annexion dieses Gebiets entstehen könnten und daß daher der Rat berechtigt sei, sich mit der Entgegennahme der gegebenen Erklärungen und Zusagen zu begnügen.

**Der Fall Jurjewskaja.**

**Berlin, 9. Dez.** Nach einer Mitteilung des Berliner Polizeipräsidiums haben die Ermittlungen in der Angelegenheit der verschwundenen Sängerin **J u r j e w s k a j a** ergeben, daß die Ehefrau von **B r e m e r**, mit Künstlernamen **J u r j e w s k a j a**, sich seit einiger Zeit in schwerer geistlicher Bedrückung befand, und Selbstmord verübte.

**Jugsentgleisung in Spanien.**

**Madrid, 10. Dez.** Aus Bilbao wird gemeldet, daß der von dort abgegangene Personenzug gestern bei **Q u i n t a n i l l e j a** mit einer Lokomotive zusammenstieß, wodurch mehrere Wagen entgleisten. Verschiedene Personen wurden dabei verletzt. Auf den entgleisten Zug fuhr mit voller Geschwindigkeit ein von Madrid kommender Schnellzug. Der Zugführer des Personenzuges wurde getötet. Zahlreiche Reisende des Schnellzuges und des Personenzuges wurden zum Teil schwer verletzt. Hilfszüge wurden nach der Unglücksstätte abgebannt.

**Das neue tschechoslowakische Kabinett.**

**Prag, 10. Dez.** In dem neuen Kabinett hat das Präsidium **S o e h l a** (Agrarier) und das Äußere **D r. B e n e s h** (Nat.-Soz.) inne.

Für die Schriftleitung verantwortlich: **L u d w i g P o s t**. Druck und Verlag der **W. K i e t e r s c h e n** Buchdruckerei **A l t e n s e i g**.

**Reichsbund**

betr. Bezug von verbilligtem Brennholz  
wollen sich die bedürftigen Schwerekriegsbeschädigten und  
Kriegshinterbliebenen bis längstens Freitag, den 11. ds.  
abends zwischen 8 u. 9 Uhr beim Schriftf. Sprenger melden.

**Wahlvorschlag.**

Wer von den Landwirtschafttreiben-  
den einsieht, daß sie einen Vertreter  
auf dem Rathaus unbedingt nötig haben,  
der gebe

**Karl Bauer 3 Stimmen**

Empfehle als praktische Weihnachts-Geschenke:

**Cigarren und Cigaretten**

in 10, 25, 50 und 100 Stück Packungen

**Tabake, Grob-, Mittel- und Feinschnitte**

in 50, 100 Gramm und 1 Pfund-Paketten  
in sämtlichen Preislagen

**Chr. Burghard jr.**

**Wahlvorschlag:**

**Friedrich Lenk 2**

**Reinhold Hayer 2**

**Julius Theurer 1**

**Heinrich Zimmermann 1**

**Karl Dehler 1**

Altensteig-Dorf.

**Dankagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme  
beim letzten Geleite zur Ruhesstätte unserer lb.  
Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Barbara Welker**

geb. Heinz

für die zahlreichen Kranzspenden, sowie für die  
überaus trostreichen Worte des Herrn Pfarrers  
Sträß und den schönen Gesang der Schüler  
unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Bely  
sagen innigsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

**Wählt**

**Alfred Schittler 3 mal**

Wo man jemand braucht, der sich  
uneigennützig und selbstlos in den  
Dienst einer guten Sache stellt, ist er  
dabei.

Er soll auch da, wo es gilt, mit-  
bestimmend sein!

**Altensteig.  
Raubzeugfallen**

wie

Zellereisen, Kasten-  
fallen, Schwannenhäse  
u. v. empfiehlt in bester  
Ware bei billigen Preisen

**Lorenz Luz jr. Tel. 46.**

**Wärmflaschen**

empfehlen preiswert

**Fr. Henssler,**  
Flaschenmeister  
Altensteig.

Ein 14 Monate altes



**Zucht-  
Rind**

unter 2 die Wahl, hat zu  
verkaufen. Wer? — sagt  
die Geschäftsst. ds. Bl.

**Zur Gemeinderatswahl!**

Als Folge des allgemeinen wirtschaftlichen Rückgangs  
wird das Zukunftsprogramm der Stadtverwaltung von  
Sparmaßnahmen beherrscht sein. Große Unternehmungen  
werden aus Rücksicht auf die Steuerzahler nicht gemacht  
werden können.

Wer haben will, daß diesem Rechnung getragen und  
die Steuerschraube gebremst wird,

**wählt Wahlvorschlag Nr. 5**

bürgerliche Wählervereinigung:

**Dietsch, Christian, Privatmann**

**Zimmermann, Heinrich, Fabrikant**

**Theurer, Julius, Sägewerksbesitzer**

**Bock, Friedrich, Kirchenpfleger**

**Lenk Friedrich, Wirt**

**Hayer, Reinhold, Kaufmann**

**Dehler, Karl, Platzmeister**

Grömbach.

**Erwiderung.**

Im Tannenblatt vom 4. Dezember 1925 wird in einem  
Wahlaufruf von Grömbach der Gemeindeverwaltung  
Grömbach Mißwirtschaft vorgeworfen. Die Gemeindever-  
waltung soll bisher eine einseitige Politik getrieben, ge-  
wisse Leute schikaniert, es an sozialen Einrichtungen und  
insbesondere in Wohnungssachen habe fehlen lassen. Wenn  
es sich auch „nur“ um eine Wahlmache handelt, so müssen  
die Vorwürfe vom Gemeinderat doch als un wahr zu-  
rückgewiesen werden.

Die ganze Gemeindeverwaltung hat die Bauenden nach  
Rahgabe der gesetzlichen Vorschriften und im Rahmen der  
ihre zur Verfügung stehenden Mittel unterstützt, hat in  
Wohnungssachen die einzige ihr zur Verfügung stehende  
Wohnung dem einzigen Wohnungssuchenden zugewiesen.  
(Wenn dieser Wohnungssuchende aus Gründen, die bei ihm  
liegen, eine andere Wohnung nicht bekommen hat oder nicht  
bekommt, kann man die Gemeindeverwaltung hierfür nicht  
verantwortlich machen.) Der Gemeinderat und die Ge-  
meindeverwaltung haben ihre Handlungen jederzeit und  
vor der ganzen Gemeinde zu verantworten und können das  
mit gutem Gewissen. Sie können auf die Gunst einzelner  
Wahlmacher verzichten, deren Wünsche mit dem besten Wil-  
len nicht erfüllt werden konnten.

Der seitherige Gemeinderat.

**Inserate für die morgige Nummer**

unseres Blattes bitten wir frühzeitig anzugeben,  
größere schon heute Donnerstag!

Eine mit dem 2. Kalb  
38 Wochen trüchtige

**Ruh**



hat zu verkaufen

Seeger, Heselbronn.

Wahlzettel, Flugblätter  
fertigt schnellstens die  
B. Meier'sche Buchdruckerel.

**Wählt**

Schittler, Alfr., Buchdr.  
Maier, M., Schuhgesch.  
Bauer, Karl, Landwirt  
Seeger, H., Schuhgesch.  
Frey, Paul, Kupfer- u. Schm.  
Köhler, Karl Jr., Selter  
Hensler, Stadtbaumstr.

solche Männer, denen auch am Ergehen ihrer  
Mitmenschen etwas gelegen ist und die  
„Jedem das Seine“ zubilligen. Gebt Eure  
Stimmen nicht Schwächlingen, die keine eigene  
Meinung haben, auch nicht solchen Leuten, die  
ihre Weisheit von einer Parteizentrale irgendwoher  
beziehen, sondern Männer, die selbst denken u. urteilen.

**Nr. 2 Gemeinwohl****Zur Gemeinderatswahl!**

Alle Bälber — wählen ihren  
eigenen Metzger selber!

**Streicht GR. G. Schneider!**

Mit Bauernkredit unterdrückt  
er sehr viele Geschäftsleute.

Nach Jahren jagt er die Ge-  
nossenschaftsbauern zum Tensel  
und frisst als Warenhaus-Stinnes  
die ganze Weide allein.

**Gebt Eure Stimme**

Heinrich Hensler, Kaufmann 2 mal  
Wilh. Maier Schuhmacherstr. 2 mal  
Martin Brenner, Sattlerstr.  
Joel Walz, Maurerstr.  
Paul Frey, Kupferschmiedstr.